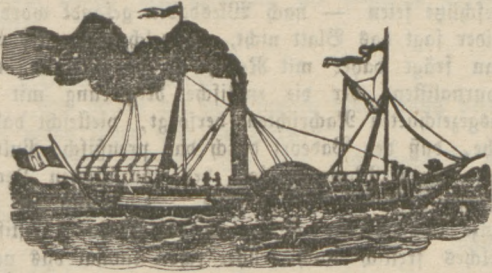


Danziger Dampfboot.

N^o. 94.

Mittwoch, den 22. April.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Postschiffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diefige auch pro Monat 10 Sgr.



1868.

39ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bureau.
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haafenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Dienstag 21. April.

Wie verlautet, wird der Referent in dem Subcomité des Budgetausschusses unter Ablehnung der Regierungsvorlage ein neues Staatsschulden-Unificationsprojekt beantragen, wonach die Staatsschulden, ausgenommen die unverzinslichen Spielpapiere, in vierprozentige Rentenschuld umgewandelt werden sollen. Die heutigen Morgenblätter melden, daß am bessarabischen Ufer des Pruth Einquartierung für 40,000 Mann russischer Truppen außer den Kosaken vorbereitet wird.

Turin, Dienstag 21. April.

Der Kronprinz von Preußen ist hier um 4 Uhr Nachmittags eingetroffen. An allen Stationen zeigte sich der lebhafteste Enthusiasmus und vielfache Rufe: „Evviva Prussia“ und „Grazie“ wurden vernommen. In Mailand und Peschiera wurde mit Geschützsalven salutirt. Die Flottille des Gardasees hatte ihre Flaggen aufgesteckt. Der Prinz besuchte sofort den König, welcher den Besuch unmittelbar erwiderte. Der Prinz bewohnt das Palais Carignan.

Genova, Dienstag 21. April.

Der Prinz Napoleon ist gestern hier eingetroffen und Abends nach Turin weiter gereist.

Rom, Montag 20. April.

Heute wurde eine feierliche Messe in der Kirche von St. John zur Feier des Geburtstages des Kaisers Napoleon III. abgehalten. Mehrere Kardinäle, Diplomaten und hohe päpstliche Beamte waren anwesend.

Paris, Dienstag 21. April.

Der kaiserliche Prinz ist gestern Abend zurückgekehrt. Der Constitutionnel dementirt das Gerücht von einer neuerdings nach Berlin gesandten Note, sowie von einer Unterredung Moustier's und Raasloff's.

London, Dienstag 21. April.

Eine Depesche der Times vom 29. März meldet: Das Hauptquartier bei Vedala ist ungefähr 60 Meilen von Magbala, drei Brigaden marschiren eiligst gegen Bagapelos vor. Den Berichten der Espione zufolge wird Kaiser Theodor mit 10,000 Mann bei Bohile Widerstand leisten.

Washington, Montag 20. April.

Das Repräsentantenhaus hat mit 99 gegen 5 Stimmen die Dan'sche Naturalisations-Bill angenommen, welche Naturalisirten auch im Auslande das Recht der eingeborenen Amerikaner giebt und den Präsidenten berechtigt, falls eine fremde Regierung Naturalisirte unter dem Vorgeben verhaftet, daß die Naturalisation nicht den Unterhandeneid auflöse, einen im Unionsgebiet sich aufhaltenden Unterthan der betreffenden fremden Regierung ebenfalls zu verhaften.

Politische Rundschau.

Bezüglich der in Berlin zu errichtenden päpstlichen Nuntiatur wird aus anscheinend sicherer Quelle von Posen berichtet: Wir haben wiederholt von Unterhandlungen berichtet, welche mit dem Preussischen Cabinet wegen Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin angeknüpft sein sollen. Wir können diese Nachricht aus guter Quelle bestätigen und dahin ergänzen, daß die Initiative zu den Unterhandlungen wegen dieser Angelegenheit vom päpstlichen Stuhle ausgegangen ist, daß die Unterhandlungen selbst aber noch nicht das Stadium der Vorbesprechungen überschritten haben. Dem päpstlichen Stuhle liegt viel daran, einen officiellen Vertreter der Inter-

essen der katholischen Kirche in Berlin, als dem Sitz des Oberhauptes und Kanzleramtes des Norddeutschen Bundes, accreditirt zu sehen, und auch Preußen kann bei dem von ihm adoptirten Grundsatz der confessionellen Parität und der der katholischen Kirche zugestandenen Autonomie die Accreditation eines päpstlichen Nuntius um so weniger zurückweisen, als es sich offenbar durch dieselbe das Vertrauen nicht bloß seiner eignen, sondern auch der süddeutschen katholischen Bevölkerung in hohem Grade gewinnen würde. Nach der Versicherung meines Gewährmannes soll sich denn auch die Preussische Regierung in der That dem angeregten Projecte der Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur für den Norddeutschen Bund nicht ganz abgeneigt gezeigt haben. Die Angelegenheit wird jedenfalls in das Stadium der förmlichen Unterhandlung treten und das Resultat der Unterhandlung wird davon abhängen, ob die vom Papste für den künftigen Nuntius beanspruchten Nachbedingnisse von der Art sind, daß Preußen sie ohne Verletzung seiner protestantischen Interessen zugestehen kann. Auch dürfte der Preussische Hof schwerlich geneigt sein, dem bei ihm accreditirten päpstlichen Nuntius die sehr weit gehenden Vorrechte und Privilegien einzuräumen, deren sich die an katholischen Höfen accreditirten päpstlichen Nuntien erfreuen. Die Nachricht, daß der Erzbischof Graf Ledochowski zum Inhaber der in Berlin zu errichtenden päpstlichen Nuntiatur designirt sei, ist nach obiger Mittheilung mindestens als verfrüht zu betrachten.

Es findet sich jetzt die Nachricht in einigen Zeitungen, daß die Auflösung des Oberappellationsgerichtes im Werke sei, um nicht zwei oberste Gerichtshöfe zu haben. Diese Nachricht widerlegt sich aber durch sich selbst, da eine solche Auflösung nicht ohne einen legislativen Act erfolgen könnte. Den Versuch dazu hat die Regierung allerdings schon gemacht, ist aber damit an der Nichtzustimmung des Herrenhauses gescheitert. Wenn nun mit jener Nachricht gemeint sein soll, daß die Regierung an ihrer Anschauungsweise und ihrer Absicht festhalte, und daß sie diesen Versuch gewiß zu gelegener Zeit erneuen werde, so ist das ohne Zweifel richtig; nur so plötzlich kann dies nicht geschehen, und noch weniger, wie gesagt, kann die Regierung die Aufhebung auf eigene Hand beschließen.

Eine merkwürdige Beschränkung der Gewerbe-freiheit will der §. 7 des Entwurfs festhalten. Dort heißt es, daß „ausschließliche Gewerbeberechtigungen oder Zwangs- und Bannrechte, welche durch Gesetz aufgehoben oder für ablösbar erklärt worden sind, nicht mehr verliehen oder durch Verjährung sollen erworben werden dürfen“, dagegen soll, „sofern die Begründung solcher Rechte durch Vertrag oder andere Rechtsmittel nach den Landesgesetzen zulässig ist, solche auch ferner mit der Maßgabe erfolgen dürfen, daß sie für keinen längern als einen zehnjährigen Zeitraum geschieht.“ Die Möglichkeit der Errichtung neuer anschließender Gewerbeberechtigungen hätte doch für den ganzen Bund beseitigt werden sollen.

Mit der Stellung, welche die Innungen in dem neuen Gewerbeordnungs-Entwurfe erhalten haben, können wir uns allenfalls einverstanden erklären. Eine zwangweise Aufhebung derselben würde die Gefühle vieler Handwerkerkreise verletzt haben; jedes Zwangscharakter entleidet können wir den Innungen gern die Wirksamkeit, welche sie „zur Förderung des Gewerbelebens“ in freier Thätigkeit entfalten können. Die Aufhebung der Coalitionsverbote er-

gab sich dagegen von selbst. Um so mehr wundern wir uns aber, daß man auch hierbei nur mit Halbheit zu Werke zu gehen den Muth gehabt hat. Man hat noch „die Gesellen, Schülfer und Fabrikarbeiter, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen, oder ihren Verrichtungen sich entziehen oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen“, mit Criminalstrafen bedroht. Die Motive erklären dies aus der Nothwendigkeit „eines wirksamen Schutzes des Arbeitsvertrages gegen willkürliche Verletzungen von Seiten des Arbeiters.“ Wenn solcher Schutz des Arbeitsvertrages durch Criminalstrafen nöthig, so wäre er indessen doch ebenso nöthig nach der Seite der Arbeitgeber als nach der der Arbeiter. Es ist eine grobe Rechtsverletzung, ihn nur nach einer Seite aufzustellen, völlig unzulässig und sinnlos in einem auf das allgemeine gleiche directe Wahlrecht basirten Staate. Diese unerhörte Anomalie muß der Reichstag auf alle Fälle aus dem vorliegenden Gesetzentwurf beseitigen.

Nach der gewöhnlichen Auslegung ist in dem Freizügigkeitsgesetz der Ausdruck „jeder Bundesangehörige“ so zu verstehen, daß derselbe auch die weiblichen Bundesangehörigen in sich begreift. Anders wird der Ausdruck von der Polizeibehörde in Rostock ausgelegt, welche kürzlich zwar einem Schneidermeister aus einer kleinen Stadt Mecklenburgs den Zuzug gestattet und ihm seinem Wunsche gemäß erlaubt hat, als Geselle bei einem Meister seines Handwerks in Arbeit zu treten, dagegen der Frau eben dieses Schneiders den Aufenthalt nur gegen einen von der bisherigen Ortsbehörde auszustellenden Heimathschein hat einräumen wollen, ungeachtet der ausdrücklichen Bestimmung des Bundesfreizügigkeits-Gesetzes, daß jeder Bundesangehörige berechtigt ist, seinen Aufenthalt an jedem Orte zu nehmen, wo er im Stande ist, sich eine Wohnung oder ein Unterkommen zu verschaffen.

Aus München kommt die auffallende Nachricht, daß der dort augenblicklich tagende Landtag bis zum 16. Mai verlängert werden soll. Da viele Mitglieder desselben auch in das Ende dieses Monats zusammen-tretende Zollparlament gewählt sind, dürften diese bei Eröffnung des letzteren fehlen.

Der bairische Minister des Innern hat in Uebereinstimmung mit früheren ministeriellen Erklärungen sich dahin ausgesprochen, daß die Regierung fortbauernnd bestrebt sei, einerseits die Selbstständigkeit Baierns nach allen Richtungen hin zu wahren, andererseits durch loyale Erfüllung der mit Preußen eingegangenen Verträge, Vermeidung jeder undeutschen Politik, „vertragsmäßige Ordnung“ derjenigen Beziehungen, in welchen die Interessen Baierns mit den Interessen der deutschen Gesamtheit zusammen-fallen, Baiern vor einer unheilvollen Isolirung zu bewahren.

Somit beharrt also die bairische Politik in ihrem Streben, zwischen den beiden entgegengesetzten starken Strömungen, der nationalen und particularistischen, eine feste Stellung einzunehmen. Durch die Betonung der Vertragstreue sucht sie den nationalen, durch ihr Festhalten an der bairischen Selbstständigkeit den particularistischen Ansprüchen gerecht zu werden. Es ist dies ein Standpunkt, der sich sehr gut in Worte fassen und logisch entwickeln läßt, und der auch in gewissem Sinne in der That der Lage der Dinge entspricht. Es läßt sich nämlich die Thatsache, daß Baiern wie der größte Theil Süddeutschlands einer

raschen Entwicklung der deutschen Frage widerstrebt, nicht bestreiten. Sollte der Nordbund bereits zu fest gefügt sein, um sich eine Lockerung zu Gunsten des bayerischen Ideals gefallen zu lassen, so wünscht Baiern wenigstens in dem künftigen Deutschland eine gesonderte und selbstständige Stellung einzunehmen.

Mag man indessen die relativische Berechtigung des Vermittlungsstandpunktes zugeben, so läßt sich doch nicht verkennen, daß derselbe innerlich schwach und auf die Dauer unhaltbar ist. Daß im Nordbunde der Einheitstrieb in kräftigster Entwicklung begriffen ist, wird dem Süden nicht entgegen. Je länger aber der Süden sich fern hält, um so energischer wird dieser Trieb in einer straffen Gestaltung der norddeutschen Verhältnisse sich betheiligen. Schon jetzt sind die Grundlagen des Bundes sehr fest und solide, und jedes organische Gesetz wird ihre Festigkeit steigern. Je länger der Süden säumt, um so geringer wird die Aussicht auf Zugeständnisse von Seiten des Nordbundes werden, während anderer Seits die Macht der materiellen Interessen von Jahr zu Jahr stärker auf den Süden drücken und ihn schließlich zwingen wird, den Anschluß zu suchen unter den Bedingungen, die der Norden ihm stellen wird.

Im Interesse des Einheitsprinzips kann man also mit der Haltung Baierns ganz einverstanden sein. Baiern aber handelt sehr gegen sein eigenes Interesse, wenn es in sprödem ängstlichem Mißtrauen den Beobachter bei der staatsgetriebenen Arbeit spielt, die sich im Norden vollzieht, statt Alles aufzubieten, um sich mit voller Kraft und Hingebung an dem nationalen Werke zu betheiligen.

Die polnischen Flüchtlinge in der Schweiz — sie bilden bekanntlich eine kleine Welt für sich, mit besonderer Regierung, eigenen Beamten, Gesetzen u. s. w. — haben eben eine aufgeregte Woche verbracht. Zunächst wurden die in Neuchâtel Wohnenden größtentheils ausgewiesen, und zwar von der wirklichen Regierung des Cantons. Sie hatten mit den dortigen Arbeitern socialistisch kokettirt, und in dem Punkt versteht man in der republikanischen Schweiz weniger Spaß, als in manchen absoluten Staaten.

Die neuesten Nachrichten aus Italien constatiren, daß die in Bologna stattgehabten Unruhen jetzt beschwichtigt sind; es geht aber zugleich aus denselben hervor, daß die letzteren keineswegs so bedeutungslos gewesen sind, als man sie dargestellt hatte.

Die Gerüchte, welche Garibaldi bald auf der Insel Sardinien einen Ausflug machen, bald nach Sicilien übersteden, schließlich sogar in Rom als Mönch verkleidet erscheinen und die dortigen Befestigungen besichtigen ließen, werden von Caprera aus widerlegt. Garibaldi hat seine Insel nicht verlassen; er ist mit landwirthschaftlichen Gegenständen beschäftigt, ohne die Beantwortung der zahlreich an ihn eingehenden Briefe zu verabsäumen.

Wie ein italienisches Blatt versichert, ist man in Rom sehr unzufrieden damit, daß der Kronprinz von Preußen der Hochzeit des Prinzen Humbert beiwohnt. Dieser Umstand soll eine gewisse Kälte zwischen dem päpstlichen Hof und dem preußischen Gesandten v. Arnim hervorgerufen haben.

In Frankreich fangen die Gemüther allmählig an, sich zu beruhigen. Man versichert, daß die jüngsten Alarmirungen von der ultramontanen Partei ausgegangen seien, die allenthalben sich mit der Kriegspartei verbündet habe. Die vom Ministerium des Innern inspirirten Correspondenten haben den Wink erhalten, beschwichtigend auf die öffentliche Meinung zu wirken, jedoch nicht zu viel nach dieser Richtung zu thun. Was die abgeschmackte Fabel der „Epoque“ von umfassenden „Verurlaubungen in der preußischen Landwehr“ betrifft, so hat dieselbe, nur sehr wenig modificirt, den Weg durch einen großen Theil der französischen Presse gemacht. Das „Journal des Debats“ erklärte sogar, daß es die Angaben der „Epoque“ nicht nur bestätigen, sondern auch noch hinzufügen könne, daß die interessante Idee einer gemeinschaftlichen Entwaffnung sich in einem Gespräch des Marquis v. Moustier mit dem Grafen Solz wie von selbst ergeben habe und von den beiden Diplomaten sogleich mit einer wahren Leidenschaft aufgegriffen worden sei. In anderen Blättern wurden diese Angaben in gewohnter Art weiter ausgesponnen.

Erwähnenswerth ist ein langer Artikel, welchen die „Correspondence du Nord“ über den Aufenthalt des Prinzen Napoleon in Berlin gebracht hat. Wir bemerken nur, daß der Prinz mehrmals auf Polen zu sprechen kam und zu beweisen suchte, ein wie großes Interesse Deutschland an dessen Wiederherstellung hätte. Bismarck (der darüber bekanntlich andere Ansichten hegt) beschränkte sich darauf, zu antworten, daß er dem Prinzen auf dieses Gebiet

nicht folgen könne. Rußland, welches von Anfang an die Reise des Prinzen als einen Versuch betrachtete, Preußen von der russischen Allianz abzu ziehen, wies den russischen Gesandten sofort an, sich vom Prinzen ganz fern zu halten, und antwortete seinerseits durch die völlige Einverleibung Polens.

Als ein Curiosum haben wir schließlich noch mitzutheilen, daß der „Globe“, ein englisches Regierungsblatt, seinen Lesern in einem Briefe aus Mainz erzählt, nach welchem in der Festung emsige Thätigkeit herrsche, so daß man den Krieg für bevorstehend erachten solle. Große Pulvervorräthe und mehrere Geschütze seien — nach Wiesbaden gesandt worden. Leider sagt das Blatt nicht, zu welchem Zwecke, und man fragt daher mit Recht, ob die Meinung des Journalisten, der die englische Regierung mit so ausgezeichneten Nachrichten versorgt, vielleicht dahin gehe, daß der Bodeport durch das preußische Pulver gegen einen Massenüberfall der französischen Demi-Monde geschützt werden solle. Jedenfalls ist die ganze Nachricht für das Regierungsblatt charakteristisch, welches freilich auch früher schon einmal das neugestaltete Deutschland in Folge der bekannten Festrede des blinden Welfenkönigs und durch das heftige Flugblatt in Trümmer aufgelöst sah.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 22. April.

— Nach den beim Ober-Commando der Marine eingegangenen Nachrichten ist S. M. Fregatte „Niobe“ am 25. März cr. von Port-Royal, Jamaica, nach Havannah in See gegangen.

— Für die Bundeskriegsmarine ist nachgegeben worden, daß die bisher zu einer Beförderung zum Matrosen erster Klasse bedingte einjährige Fahrzeit als Matrose zweiter Klasse künftig aufhören soll und daß ebenso bei der Ernennung zu Matrosen zweiter Klasse von einer bisher erforderlich gewesenem vorhergegangenen 4jährigen Fahrzeit zur See abzustehen ist, wenn den Betreffenden sonst das Zeugniß einer vollständig seemannischen Ausbildung zur Seite steht. Für die Einstellung als Matrosen dritter Klasse soll es bei den bisherigen Vorbedingungen einer zweijährigen Fahrzeit auf Schiffen oder Briggs, oder von drei Jahren auf kleineren Fahrzeugen der Handels-Marine sein Vornehmen behalten.

— Das Amtsblatt veröffentlicht eine Zusammenstellung der Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse der Städte Danzig, Elbing und Marienburg im Jahre 1866. Es ergibt sich daraus, daß in allen diesen drei Städten in dem genannten Jahre ein Ueberschuß der Todesfälle über die Geburten stattgefunden hat, und zwar sind: in Danzig geb. 3690, gest. 4354, mehr gest. 664; in Elbing geb. 1067, gest. 1199, mehr gestorben 132; in Marienburg geb. 261, gest. 286, mehr gest. 25.

— Das zur Zeit tagende Schwurgericht wird bis zum 1. Mai c. Sitzungen halten, da noch mehrere Anlagefachen zur Aburtheilung hinzugekommen sind, wozu auch der in Sigantenberg verübte Mord gehören soll.

— Ein besonderer Industriezweig für Diebe besteht in jetziger Jahreszeit darin, hochstämmige veredelte Rosenstöcke aus den Gärten zu stehlen und für Kirchhofszwecke zu verkaufen. In der letzten Zeit sind dergleichen Diebstähle vielfach in Oliva und Langejühr verübt worden.

— Am nächsten Sonnabend wird der Gartenbauverein sein Stiftungsfest im Selonke'schen Etablissement begeben.

— In dem gestern Seitens der Königl. Garnisonverwaltung abgehaltenen Submissionsstermin bezüglich Verdingung der Bauarbeiten zc. für die Infanterielasernen auf dem Reiterplatz fand eine lebhaftere Theilnahme statt, doch wird die Entscheidung zuvererst der Königl. Intendantur des 1. Armee-Korps anheimgegeben.

— Vom 1. Juli c. ab wird eine neue Arzneitaxe zur Anwendung kommen, welche namentlich das Arbeitslohn für die Bereitung vieler schwierig anzufertigender Medicamente erhöht.

— Da bei den Pionieren durchweg eiserne Pontons für den Brückentrain beschafft werden, so kommen die bisher gebräuchlichen hölzernen Pontons in Wegfall, und ist der öffentliche Verkauf mehrerer derselben vom hiesigen Königl. Pionierbataillon auf morgen angeordnet worden.

— Vergangene Nacht kurz nach 2 Uhr entstand auf dem Grundstück des Tischlermeisters Bong, 3. Damm Nr. 7, ein Feuer, das ohne das schnelle Erscheinen und sichere Operiren unserer Feuerwehrliegt einen recht erheblichen Umfang hätte erreichen können. — Es brannte nämlich der mit Sachen aller

Art angefüllte Boden des genannten Hauses, und hatten die Flammen nicht allein in kurzer Zeit den Dachstuhl ergriffen und sich in ein darunter liegendes Zimmer Bahn gebrochen, sondern bedrohten auch, vom starken Südostwind getrieben, ganz ernstlich das Grundstück Nr. 8, Eigenthum der Wwe. Giesebrucht, jetzt verheiratheten Hofbesitzer Sieg in Gr.-Lichtenau. In dieser Situation durch die Feuerwehrliegt von letzterem Hause sowohl, als direct von Nr. 7 aus angegriffen, wurde die Gefahr außerordentlich schnell beiseitigt und dem Feuer nicht einmal Zeit gelassen, das Sparwerk des Daches zu zerstören. — Der Schaden ist daher verhältnißmäßig sehr gering geblieben und hat sich auf den halben Dachstuhl und die stellenweise Zerstörung der Decke des darunter liegenden Zimmers beschränkt. Obgleich die Entstehungsweise des Brandes nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden konnte, so ist es doch höchst wahrscheinlich, daß unvorsichtiges Aufbewahren von heißer Asche die Veranlassung dazu gegeben hat.

— [Mittel gegen das Rauchen der Defen.] Ein vielfach vorkommender Uebelstand auch der komfortabelsten Wohnungen, dessen Vorhandensein uns im buchstäblichen Sinne des Wortes oft Thränen auspreßt, ist das Rauchen der Defen bei drückerem Winde. Wie viele Mittel sind dagegen bereits angewandt, wie oft sind wir in unseren Hoffnungen auf Wirkung derselben getäuscht worden! Von jezt ab soll es indessen bei Anwendung des dem Herrn E. Windhausen u. Büßling in Braunschweig (omnipotenter Name, der mit dem Wind zu haufen verfliehet) patentirten Schornsteinaufsatz keinem Winde, er blase her, wo er wolle, auch vertical von oben, mehr gelingen, den Rauch zurückzudrängen, vielmehr wird jedes Bestreben des alten Aeolus, uns Thränen auszupressen, nur geeignet sein, den Zug des Ofens lebhafter zu machen. — Die Herren E. Kessler u. Sohn in Greifswald haben das Patentrecht für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen angekauft.

— Eine höchst wichtige und viel verheißende Erfindung ist in neuester Zeit in Bezug auf das Brennmaterial gemacht worden. Ein Eisenbahnbeamter von der Paris-Orleans-Eisenbahn hat nämlich eine Vermengung von Kohlen und anderen brennbaren Stoffen, darunter vornehmlich von Petroleum, herausgefunden, welche er hauptsächlich zu dem Zwecke des bequemen Gebrauchs in die Form von Ziegelsteinen gebracht hat und welche dem Vernehmen nach eine ganz ungewöhliche Ersparung an dem zur Erzeugung des Dampfes nöthigen Brennmaterial zu Wege bringen soll. Es brennen diese Feuerungsziegel mit intensiver Hitze und eine lange Zeit hindurch, und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit voraus zu sehen, daß dieselben schon binnen Kurzem in ausgedehntem Maßstabe eingeführt werden.

— Der Güter-Verkehr auf der Danzig-Neufahrwasser-Bahn ist in diesem Monate außerordentlich schwach, da sehr geringe Verschiffungen stattfinden und viele Schiffe auf Ladung warten. Zu den größeren Exporten per Bahn, welche in den nächsten Tagen nach Polen abgehen sollen, gehören 5000 Eisenbahnschienen, die ein großer englischer Dampfer hierher gebracht hat, welcher jetzt im Hafen löschet.

Liegenhof, 21. April. Der Hofbesitzer Steingard in Reimerowalde, welcher durch seinen Arbeiter Ruttowski am 15. d. M. auf äußerst brutale Weise gefährlich verletzt wurde, ist so bedeutend erkrankt, daß seine veranlaßte Vernehmung bisher nicht hat erfolgen können. Der Thäter sitzt in Haft. — Hinsichtlich des bedeutenden Brandes in Sakendorf am 26. v. M., bei welchem einige Personen gefährlich verletzt wurden, fiel der Verdacht der absichtlichen Brandstiftung auf einen der mitabgebrannten Besitzer, die eingeleitete Untersuchung hat aber bis jetzt kein Resultat gehabt. — Eine alte Wittwe Wichert wurde kürzlich von einem Arbeiter Koch von der Treppe eines Schankhauses gestochen und dadurch am Kopfe so verletzt, daß sie bald darauf verstarb. Durch die erfolgte Section der Leiche durch den Kreisphysikus und Kreis-Chirurgus ist die Todesursache festgestellt und gegen Koch die Unteruchung eingeleitet worden. — Vorgetrieben gaben einige Mitglieder der Danziger Bühne, unter Leitung des Ober-Regisseurs Hrn. Rödel auf dem hiesigen Liebhaber-Theater die erste Vorstellung, bestehend in 3 kleinen Stücken, wobei in den Zwischenpausen der Opernkönig Miller Arien aus der „Zauberflöte“ und „Postillon von Conjeumeau“ — letztere im Kostüm — mit vielem Beifall sang. — Heute Dienstag findet die zweite Vorstellung statt, die mit einem Salon-Feuerwerk schließen soll. Heute Abend werden wir auch in der Ressource den Genuß haben, den in Danzig so gefeierten Herrn Kräpelin in einer Vorlesung aus Reuter's Dichtungen zu hören, worauf alle sehr gespannt sind. — Sonnabend wird dem von uns scheidenden Kreis-Ver.-Rath Hartmann, der eine Reihe von Jahren hier gewesen, ein solennes Festessen gegeben. — Die beabsichtigte Gründung einer Dampfschiffahrts-Compagnie am hiesigen Orte hat den Besitzer des Elbinger Dampfboot, Borwärts“ bereits veranlaßt, im hiesigen „Telegraphen“ mit großen Buchstaben zu annonciren, daß nunmehr letzteres die Frachten

Zur Frage

über die

Aufhebung der Preussischen Klassen-Lotterie.

Das Abgeordnetenhaus hat durch eine Resolution die Staatsregierung aufgefordert, auf die gänzliche Aufhebung der Preussischen Klassen-Lotterie Bedacht zu nehmen. Die Gründe, welche diesen Beschluß herbeigeführt, lassen sich nach den vorangegangenen Diskussionen im Wesentlichen dahin zusammendrängen, daß das Lotteriespiel „unsittlich“ und darum „unmoralisch“ sei. Man wird, welchen Standpunkt man auch in dieser Frage einnimmt, dem Bestreben der Landesvertretung Anerkennung zollen dürfen, die „Sittlichkeit“ und die „Moralität“ des Volkes und im Volke zu heben. Aber ob das Abgeordnetenhaus sich in seinen Voraussetzungen zu diesem Beschlusse nicht geirrt hat, ob dessen Argumentationen richtige sind und ob die Zustände, welche durch die Aufhebung der Preussischen Klassen-Lotterie geschaffen würden, bessere und der „Moralität“ und „Sittlichkeit“ erspriechlichere sein werden — das ist eine andere Frage. Das bei der Aufhebung der Lotterie zunächst hervor tretende Argument, daß Hunderte, ja Tausende von Familien, welche gegenwärtig durch die Lotterie ihre Existenz haben, brot- und erwerblos werden müßten, müßte sofort in den Hintergrund treten, wenn es wahr wäre, daß die Lotterie wirklich die „Sittlichkeit“ und die „Moralität“ beeinträchtigt, denn die allgemeine Staats- und Volkswohlfaht muß das Interesse der Einzelnen, so schwer es auch wiegen mag, unbedenklich weichen. Aber stehen denn auch wirklich die praktischen Verhältnisse des Preussischen Staates und des Preussischen Volkes mit jenen theoretischen Deductionen des Abgeordnetenhauses in Einklang? Fordert denn wirklich die Wohlfahrt des Volkes und des Staates aus Gründen der „Sittlichkeit“ und „Moralität“ die Beseitigung eines viele Menschenalter und die schwierigsten politischen Verhältnisse überdauernden Instituts? Wir glauben dies rückhaltslos verneinen zu dürfen. Selbst die unversöhnlichsten Gegner des Principes der Lotterie werden dasselbe nicht unbedingt und unter allen Umständen als „unsittlich“ und „unmoralisch“ bezeichnen dürfen, denn es müßte dann auch, will man nicht dem Grundsatz huldigen: „Der Zweck heiligt die Mittel“ mit denselben Bezeichnungen über diejenigen Lotterien der Stab gebrochen werden, welche man täglich zur Förderung allgemeiner, gemeinnütziger und wohlthätiger Bestrebungen hervortreten sieht, und bei denen die hochgestellten und geachteten Personen, deren Gefühl und Sinn für „Sittlichkeit“ und „Moralität“ außer Zweifel ist, an der Spitze stehen. Aber bei der Preussischen Klassen-Lotterie soll es „unsittlich“ und „unmoralisch“ sein, daß der Staat seinen Gliedern die Gelegenheit eröffnet und deshalb dazu verleitet, auf Erzielung von Gewinn und somit auf eine Verbesserung ihrer Vermögensverhältnisse, ohne eigne Arbeit und Aufwendung von Kräften zu speculiren, daß diese Speculation in häufigen Fällen fehlschlägt und daß der Staat von dieser Speculation durch eine für ihn erzielende Einnahme-Quelle Nutzen zieht. Das Bestreben für eine Verbesserung seiner Lebensverhältnisse ist jedem einzelnen Menschen angeboren, es ist die eigentliche Triebfeder seines Schaffens und Wirkens, ohne welche er zu Grunde geht, es ist aber auch der Hebel des allgemeinen Fortschrittes, der allgemeinen Entwicklung, der allgemeinen Gewerbsthätigkeit der Staaten und der Völker. Und läßt sich denn der ganze kaufmännische Verkehr auf etwas Anderes zurückführen, als auf die Speculation des Einzelnen, als auf die Speculation auf Gewinn? Dieses Speculiren, sagt man, ist im Allgemeinen nicht verwerflich, wenn es mit eigner Arbeit und mit eigner Thätigkeit auf Erzielung eines „verhältnismäßigen“, „mäßigen“ Gewinns gerichtet ist, aber es ist „unsittlich“ und „unmoralisch“, wenn man ohne Aufwendung von Arbeitskraft auf einen „unverhältnismäßigen“ und „unmäßigen“ Gewinn speculirt. Es mag nun dahin gestellt bleiben, ob unter den entwickelten Zeitverhältnissen überhaupt eine Grenzlinie zwischen „unverhältnismäßigem“ und „verhältnismäßigem“, zwischen „unmäßigen“ und „mäßigen“ Gewinn zu ziehen ist, und es mag hierüber um so weniger gestritten werden, als sogar die neuere Gesetzgebung die bisher bestandenen Beschränkungen des Zinsfußes beseitigt hat, und gerade das Abgeordnetenhaus es gewesen ist, welches hierauf wiederholentlich hindrängte. Aber wenn das Speculiren auf Gewinn ohne Arbeit verwerflich, wenn es sogar „unsittlich“ und „unmoralisch“ sein soll, dann läßt sich einer solchen Ansicht wohl mit Recht die Frage entgegenstellen, ob denn der gesammte Börsenverkehr etwas anders ist, ob denn namentlich alle jene Zeit-Verkäufe und Käufe von Papieren einen andern Charakter haben, als den eines reinen Lotteriespiels? Thut denn Derjenige, der bei einem niedrigen Course Papiere ankauft in der Hoffnung oder in der Aussicht, daß der Cours sich erhöhen

würde, etwas Anderes, als Derjenige, welcher ein Loos zur Preussischen Klassen-Lotterie genommen hat? Und wie sieht es denn nun vollends mit jenen Zeitkäufen und Zeitverkäufen von Getreide und Cerealien aus, wodurch die allernothwendigsten Lebensmittel der Bevölkerung im Preise steigen müssen? Sind diese „Geschäfte“ mehr „sittlich“ und mehr „moralisch“ als die Preussische Klassen-Lotterie, oder möchte man vielleicht auch hier auf eine Beseitigung hindrängen? Oder werden derartige Speculationen an der Börse vielleicht dadurch mehr „sittlich“ und mehr „moralisch“, weil durch dieselben im Allgemeinen größere Summen auf dem Spiele gesetzt, größere Summen verloren und auch gewonnen werden können, als dies im Durchschnitt genommen bei der Lotterie möglich ist? Von eigner Arbeit, von Aufwendung geistiger und physischer Kräfte kann doch hier sicherlich eben so wenig die Rede sein, wie bei der Lotterie und man könnte gegen die Letztere vielleicht nur noch das oft gehörte Argument vorbringen, daß an der Börse mit Ausnahme Derer, welche ohne alles eigene Vermögen lediglich nur in „Differenzen“ Geschäfte machen, im Allgemeinen nur die besitzendere Klasse speculirt, während beim Lotteriespiel der unermögendere Theil des Volkes zum Speculiren verleitet wird oder verleitet werden soll. Dem läßt sich aber gewiß mit Recht entgegenstellen, daß, wenn das Speculiren auf Gewinn ohne eigene Arbeit oder auch die Erlangung eines Gewinnes ohne Arbeit an und für sich „unsittlich“ und „unmoralisch“ ist, dieses „Unsittliche“ und „Unmoralische“ dadurch sicherlich nicht schwindet oder geringer wird, daß nur die besitzendere Klasse sich daran betheilt, und daß dadurch eben auch nur der Besizendere eine Verbesserung seiner Vermögens-Verhältnisse erlangen kann, während doch wohl gerade umgekehrt dem Unermögenden zuerst eine solche Verbesserung seiner Vermögens-Verhältnisse zu gönnen ist. Außerdem ist aber auch nach Lage unserer praktischen Verhältnisse zu bestreiten, daß wenigstens im Großen und Ganzen, die Spieler der Preussischen Klassen-Lotterie dem unermögenden oder besitzlosen Theil der Bevölkerung angehören. Nicht minder hinfällig erscheint aber auch die von den Gegnern der Lotterie vorgebrachte Behauptung, daß das „Unsittliche“ und „Unmoralische“ derselben namentlich darin zu suchen sei, daß die eröffnete Aussicht auf Gewinn zum Spiel verleitet, dadurch die Leidenschaftlichkeit wach gerufen, der Leichtsinne gefördert und so der Ruin von Familien herbeigeführt werde. Diese Behauptung findet ihre volle Begründung bei den Spielbanken, welche mit Recht durch die Bezeichnung „Spielhöllen“ gebrandmarkt werden. Hier schwingt ausschließlich jene Leidenschaft, welche zum großen Theil jede besonnene ruhige Ueberlegung ausschließt, ihr Zepher, hier ist es, wo oft in wenigen Minuten das ganze Hab und Gut geopfert, und so der Ruin des Spielenden herbeigeführt wird, gerade deshalb, weil die ganze auf das Spiel verwendete Zeit von dem Zustande sinnloser Leidenschaftlichkeit in Anspruch genommen und diese noch theils durch die Umgebung, theils durch den steten Wechsel von Gewinn und Verlust gesteigert wird, und überdies noch die Möglichkeit vorhanden ist, die Einsätze ohne Maaß und Ziel zu erhöhen, ja wo gerade Seitens der Bankhalter auf diese durch die wachgerufene Leidenschaftlichkeit immer mehr erhöhten Einsätze systematisch hingearbeitet wird. Von alle dem wird auch der eifrigste Gegner der Preussischen Klassen-Lotterie bei derselben keine Spur auffinden können. Sie hat bestimmte, nicht von dem Willen des Spielers abhängende Einsätze, bestimmte erst nach einer verhältnismäßig geraumeren Zeit wiederkehrende Ziehungen, bestimmte nicht von der Höhe des Einsatzes abhängende Gewinne, und bestimmte Fristen, innerhalb welcher bei Verlust des Anrechts die Erneuerung der Loose geschehen muß. Das sind Einrichtungen, welche wahrlich für die ruhige, besonnene Ueberlegung genügende Zeit und den allerfreiesten Spielraum lassen, ja nach Lage der gegenwärtigen factischen Verhältnisse gehört sogar ein gewisser Grad von Bemühung dazu, um überhaupt nur ein Loos erlangen zu können. Und wenn von den Gegnern des Principes der Lotterie auf die gegenwärtig innere Einrichtung derselben und namentlich darauf hingewiesen wird, daß darin verhältnismäßig nur wenig wirkliche Gewinne vorhanden und daß die Abzüge von den Letzteren zu bedeutend seien, so ist dies, glauben wir, gerade dazu geeignet, die Leidenschaft für die Lotterie, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, eher abzukühlen, als anzuregen. Mehrfach wird noch als ein weiterer Grund für die Beseitigung der Lotterie geltend gemacht, daß der unbemitteltere Theil der Bevölkerung für das Spiel mit seinen Einnahmen in keinem

Verhältniß stehende Summen aufwendet, und diese so den nothwendigsten Unterhalt seiner selbst und seiner Familie entzieht. Wer das praktische Leben einigermaßen vorurtheilsfrei erschaut hat, wird es fühlen, wie wenig diese Ansicht begründet ist. Die bei Weitem größere Zahl der Spieler, ja, vielleicht mit wenigen Ausnahmen alle, haben sich nachgerade daran gewöhnt, das für die Lotterie aufgewendete oder aufzuwendende Geld, als zu ihren regelmäßigen, vorher berechneten Ausgaben gehörend zu betrachten und sie sorgen dafür in demselben Maße, wie für die sonstigen Bedürfnisse. Ja man wird vielfach die praktische Erfahrung machen können, daß, wenn das sonst wohl für die Lotterie aufgewendete Geld einmal nicht dafür ausgegeben worden, nach Verlauf der Zeit einer Klassen-Lotterie, also etwa nach einem halben Jahre, wirklich nicht erspart im Kasten liegt, sondern anderweitig für Vergnügungen, Genüsse u. s. w. verbraucht ist. — Was aber das vielleicht hier und da vorkommende Spielen in der Lotterie über die sonstigen Lebens- und Einnahme-Verhältnisse des Betreffenden hinaus, anbelangt, so dürfte hierbei einfach darauf hinzuweisen sein, daß gegen Leichtsinns und Uebertreibung überhaupt keine Schranke zu ziehen ist, daß ja durch leichtsinnigen und übermäßigen Gebrauch selbst der aller-nothwendigsten Lebensbedürfnisse Verschwendung und so der Ruin der Existenz eintreten kann. Hiergegen giebt es nun einmal kein äußeres Mittel, und gäbe es ein solches, man würde sicherlich in einer Zeit, wie die unfrige, welche ihre Aufgabe darin sucht und findet alle Schranken gegen die freie Willensbestimmung des Einzelnen, jede Bevormundung des Bürgers zu beseitigen, gerechten Anstand nehmen es anzuwenden. — Würde man selbst das Factum zugestehen können, daß es einige leichtsinnige und verschwenderische Spieler giebt, so erscheint es doch immer gewagt, hieraus die Verwerflichkeit des ganzen Instituts begründen zu wollen.

Kommt man aber nach alle dem auf das gegen die Preussische Klassen-Lotterie vorgebrachte Motiv, daß der Staat daraus eine bedeutende Einnahme zieht, so dürfte dies gerade ein hervorragendes Moment gegen die Beseitigung und für die Beibehaltung der Lotterie bieten. Die ganzen staatlichen inneren und äußeren Verhältnisse drängen fortgesetzt und mächtig zu einer Vermehrung der Einnahmequellen und man ist deshalb gezwungen andere und neue Besteuerungs-Arten zu erfinden, welche für die Staats-Angehörigen oder einen Theil derselben mehr oder minder drückend wirken. Durch die Beseitigung der Lotterie würde der Staat nicht allein seine direkten Einnahmen aus derselben, sondern auch die damit zusammenhängenden indirekten Einnahmen, wie die Einkommen- und Gewerbesteuer und Post-Porto der großen Anzahl von Ober- und Untereinnehmern verlustig gehen und dadurch einen jährlichen Einnahme-Ausfall von mindestens 2 Millionen Thaler erleiden, welche er nicht tragen kann und der deshalb anderweitig aufgebracht werden müßte. Die Einnahme, welche der Staat direkt aus der Lotterie zieht, ist aber Nichts weiter, als eine Steuer, die jeder einzelne Spieler nach eigener Schätzung freiwillig zahlt und die deshalb auch Niemanden drückend wird. Nun wird doch jeder Freund des Vaterlandes und des Volkes zugeben müssen, daß wenn es möglich wäre, das gesammte Steuerwesen in derselben Weise einzurichten, daß jeder Einzelne seine Steuern nach freier Erwägung und Entschließung und Abschätzung zahlte, es keinen leichteren und gerechteren Steuermodus gäbe, und so das Ideal aller Besteuerungsarten erreicht wäre. Wer es also nicht bloß mit dem Staate, sondern auch mit dem Volke wohl meint, wird nur in dem einen Falle dazu rathen können, diese durch freiwillige Selbstbesteuerung erzielte Einnahme-Quelle des Staats durch eine ander-

weite Besteuerung zu ersetzen, wenn er trotz aller Gegengründe bei der Auffassung beharrt, die Lotterie sei „unfittlich“ und „unmoralisch“. Mag man aber auch über den Punkt der „Sittlichkeit“ und „Moralität“ noch sentimentaler denken, als das Abgeordnetenhaus, mag man auch seine Forderungen in dieser Beziehung so hoch stellen, wie man will, kann man wohl wirklich glauben, daß es mit oder nach der Aufhebung der Lotterie bei uns, anders, besser, daß „Sittlichkeit“ „sittlicher“ und die „Moralität“ „moralischer“ werden wird?? Der Drang nach einer Verbesserung der Vermögensverhältnisse, der Drang danach, wie man sich ausdrückt „dem Glücke die Hand zu bieten“, ist ein zu allgemeiner und zu mächtiger, als daß er sich beseitigen und ausrotten ließe und man würde nur um so mehr jede sich irgend wie darbietende Gelegenheit ergreifen, um das zu erlangen, was jetzt durch die Preussische Klassen-Lotterie geboten wird. Solche Gelegenheiten auf Gewinn zu speculiren, sind jetzt schon durch die zahllosen Papiere des In- und Auslandes, deren Vertrieb gesetzlich nicht verboten ist, in hundertfacher Weise vorhanden, wie z. B. Staats-Prämien-scheine auf welche schon jetzt Antheilscheine ausgegeben werden, neue derartige Unternehmungen werden nach einander mit der Aufhebung der Lotterie austauchen und ob auch das Strafgesetz hier vielleicht beschränkend einzuwirken sucht, die Mittel und Wege werden schon gesucht und gefunden werden, auch selbst dem Strafgesetz zu entgehen. Man hätte dann nur erreicht, daß dasjenige, was jetzt unter Leitung, Aufsicht und Mitwirkung des Staates geschieht, ausschließlich von Privatpersonen, theils öffentlich, theils versteckt betrieben und so der Uebervortheilung Thür und Thor geöffnet wird, daß die Geldsummen, welche jetzt für das Lotteriespiel im Inlande bleiben und wovon der Staat eine nicht unbedeutende Einnahme-Quelle hat, dem Auslande zufließen. Diese Gefahr ist um so größer, als sich fast mit Sicherheit annehmen läßt, daß mit dem Aufhören der Preussischen Klassen-Lotterie, der eine oder der andere Nachbarstaat, ein derartiges Institut einzurichten nicht säumen wird, um mit gutem Preussischen Gelde seine eigne Finanzwirtschaft zu heben. Dann aber würde, anstatt des jetzigen gesetzlich sanktionirten Lotteriespielens, nur noch mehr als dies jetzt schon geschieht, ein heimliches und verstecktes Spielen in auswärtigen Lotterien treten und daß dadurch die „Moralität“ und „Sittlichkeit“ im Volke nicht gefördert wird, darüber bedarf es keines weiteren Beweises. — Können wir hiernach nur zu dem Schlufurtheil gelangen, daß die Aufhebung der Preussischen Klassen-Lotterie nach verschiedenen Richtungen hin ein nicht wieder gut zu machender Fehler sein würde, so wollen wir doch keineswegs in Abrede stellen, daß bei der jetzigen inneren Einrichtung derselben Abänderungen wünschenswerth erscheinen möchten. Hieraus erfolgt aber keineswegs die Aufhebung des Institutes, sondern im Gegentheil der weitere Ausbau und die Vervollkommnung desselben. Hierüber Vorschläge zu machen, liegt nicht in dem Zwecke dieser Darlegung, welche nur dem Prinzip der Lotterie gewidmet sein sollte. Allein auf einen Punkt hinzuweisen, wollen wir uns nicht versagen. Die jetzige Zahl der Loose entspricht nachweislich nicht mehr dem jetzigen Verhältniß der Einwohnerzahl, namentlich durch die Preußen hinzugetretenen neuen Provinzen. Es erscheint darnach eine Vermehrung der Loose und selbstredend hiermit harmonirend der Gewinne dringend geboten, um dadurch den jetzt so sehr um sich greifenden Privathandel mit Loosen zu beseitigen und auch den Bewohnern der neuen Provinzen, wo die bisher bestandenen Landes-Lotterien beseitigt sind, die Möglichkeit, die sie mit den älteren Staatsangehörigen, als ein Recht beanspruchen können, zu gewähren, Loose aus der Preussischen Klassen-Lotterie zu erlangen.